

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestell-
geld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,20

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verbands-Anzeigen werden mit 30 % für die drei-
gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet.

Auf zu neuer Arbeit für den Verband!

Am 27. Mai ist in Berlin von allen Arbeiterorganisationen und vom Arbeit-
geberbund für das Baugewerbe der neue Hauptvertrag unterzeichnet worden, nach-
dem auch noch für das Betongewerbe verhandelt und ein Schiedsspruch von den
Unparteilichen gefällt worden war. Damit ist die diesjährige große Tarifbewegung
für das Baugewerbe friedlich beendet; denn die kleinen Differenzen, die noch an
einzelnen Orten bestanden, werden zu größeren Aktionen keinen Anlaß mehr geben.

Unsere Kollegen wissen, daß uns die Vorschläge der Unparteilichen für
einzelne Gebiete nicht gefallen haben, und wir haben ohne weiteres anerkannt,
daß ein Teil unserer Kollegen berechtigten Anlaß zur Unzufriedenheit hatte.
Wir waren uns aber auch keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß das Gesamt-
ergebnis der diesjährigen Tarifbewegung ein sehr schöner gewerkschaftlicher Erfolg
ist, ein Erfolg, der um so höher einzuschätzen ist, da er fast ohne jedes Opfer
errungen worden ist. Wir haben 1910 nach neunwöchigem Kampfe, nachdem
ein sehr großer Teil unserer Kollegen bei der immerhin geringen Streikunter-
stützung wochenlang auf der Straße gelegen hatte, während alle andern Kollegen
sehr erhebliche Extrabeiträge zahlen mußten, eine Lohnerhöhung von durchschnitt-
lich 5,28 % erhalten. Damals war sich die ganze deutsche Gewerkschaftswelt
darüber einig, daß die deutsche Bauarbeiterschaft einen prächtigen Sieg und einen
schönen materiellen Erfolg errungen habe. Der weitaus größte Teil der sozial-
demokratischen Presse war der gleichen Meinung. Neben einigen andern alten
Parteil Führern nahm damals unser alter August Bebel im „Grundstein“ das
Wort, um unsern Kollegen die Bedeutung dieses Sieges vor Augen zu führen.
Er nannte damals diesen Sieg einen bis dahin „einzigen dagesessenen“. Und jetzt,
wo wir fast ohne jedes Opfer so ziemlich die gleiche Lohnerhöhung bekommen
haben wie 1910 — jetzt wollen unsere Kollegen mitspielen und es die
Organisation vergelten lassen, daß die gewiß berechtigten Wünsche eines Teiles
der Kollegen nicht erfüllt worden sind? Daß darf nicht sein! Selbst die Kollegen,
die für sich Anlaß zur Unzufriedenheit haben, müssen anerkennen, daß unsere
Gesamterrungenschaft einen schönen Erfolg darstellt.

Mebrigens: Seit wann sucht man aus einer unbequemen Situation dadurch
herauszukommen, daß man schimpft und sich mißmütig beiseite stellt? Das ist
die Methode hysterischer Weiber! Bei den deutschen Gewerkschaften und
ganz besonders bei unsern Organisationen ist es immer so gewesen, daß man
sich aus unbequemen Situationen durch Verdoppelung seiner Kräfte heraus-
arbeitete. So muß es auch bleiben. Gerade die Kollegen jener Gebiete,
die bei der Tarifverneuerung zu kurz gekommen sind, haben allen Grund, mit voller
Kraft an den Ausbau und die Stärkung der Organisation zu gehen. Es ist
kein Zufall, daß gerade unsere fähigsten und treuesten Kollegen bei der dies-
maligen Lohnbewegung besonders gut abgeschnitten haben. Neben der guten
Bautätigkeit in jenen Gebieten haben sicher auch die guten, zielbewußten Organi-
sationen, die sich unsere Kollegen dort geschaffen haben, einen Einfluß auf die
Haltung der Unternehmer ausgeübt. Solche disziplinierten und geschlossenen Organi-
sationen müssen sich unsere Kollegen überall im Reich, wo sie noch nicht vor-
handen sind, schaffen. Das höchste Kraftmerkmal, das sich auch bei uns hier
und dort gelegentlich in Versammlungen noch ausstößt, ist nicht geeignet, einen
Eindruck auf die Unternehmer zu machen. Wenn unsere Kollegen keine ge-
schlossenen Organisationen haben, wenn sie nicht vom Geiste des Klassenbewußt-
seins und der Arbeiterfalschbarkeit durchdrungen sind, werden alle ihre flammenden
Proteste gegen ihre flehmütterliche Behandlung beim Tarifabschluß zwecklos ver-
hallen. Welchen Eindruck sollen zum Beispiel solche Proteste auf die Unter-
nehmer machen, wenn sie von Arbeitern kommen, die auf den Baustellen zu
sehr sind, auf ihr tarifliches Recht zu pochen? Was sollen die Unternehmer
davon halten, wenn Arbeiter in ihren Versammlungen dringend eine Verärz-
kung der Arbeitszeit fordern, auf den Baustellen aber sich den Unternehmern zum Lieber-
kundenmachen anbieten oder gar die Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit
fordern, was in der letzten Tarifperiode mehrfach vorgekommen ist.

Das sind natürlich nur Ausnahmen; aber selbst solche Ausnahmen üben
auf die Unternehmer und die Unparteilichen eine für unsere Organisation sehr
schlechte Wirkung aus. Solche Mißstände gibt es in erster Linie zu beseitigen.
Unsere Kollegen müssen überall lernen, stolz und frei den Unternehmern gegen-
überzutreten. Sie müssen auch lernen, auf den Baustellen ihre eigenen Rechte
und die Rechte der Organisation zu wahren. Entschieden müssen sie die Ein-
haltung der Verträge und der Bauarbeiterchutzbestimmungen fordern. Damit
können sie sich in den Augen der Unternehmer Achtung verschaffen, nicht aber
dadurch, daß sie auf den Baustellen auf die Organisation schimpfen und in den
Versammlungen Pfaffen dreschen. Wir wollen natürlich keineswegs sagen, daß
überall dort, wo unsere Kollegen bei der Tarifbewegung zu kurz gekommen sind,
das auf solche Mißstände zurückzuführen ist. Wir wissen, daß auch sehr viele
Orte mit guten Organisationen und einer disziplinierten Kollegenchaft darunter
sind. Das bringt die zentrale Erledigung der Bewegung so mit sich. Aber sicher

ist auch, daß die Unternehmer vieler Orte schon bei den örtlichen Verhandlungen
mehr Entgegenkommen gezeigt hätten, wenn ihnen unsere Kollegen auf den Bau-
stellen größeren Respekt eingebracht hätten. Das muß jetzt in erster Linie geschehen
und es muß ganz besonders dort geschehen, wo sich die Unternehmer so nieder-
trächtig bodbeinig gestellt haben wie in Thüringen, Hannover und Rheinland-
Westfalen. Diese Unternehmer müssen zur Achtung vor unsern Kollegen und
vor unserer Organisation erzogen werden. Mögen unsere Kollegen, wo sie bisher
noch alzu nachgiebig waren, jetzt festnagig werden! Mögen sie durch ruhiges,
aber energisches Auftreten ihre Rechte wahren und alles unterlassen, was die
Unternehmer zu der Meinung bringen könnte, als ob die Organisation von
ihnen etwas fordere, was unsere Kollegen gar nicht wollen.

Das ist die eine Seite, auf die unsere Kollegen in der kommenden Tarif-
periode ihr Augenmerk richten müssen. Dann aber ist es auch dringend notwendig,
daß sie jetzt sofort mit aller Kraft die Agitation zur Gewinnung neuer
Mitglieder aufnehmen. In den letzten Wochen und Monaten ist in dieser
Beziehung wenig geschehen, weil man immer noch mit einem Kampf rechnen
mußte und weil man es in dieser Zeit nicht für gut hielt, der Organisation
für solche Kollegen die Zahlung von Streikunterstützung aufzubürden, die der
Organisation so lange fern gestanden hatten. Jetzt, nach Abschluß der Bewegung,
müssen unsere Kollegen überall darauf drängen, daß auch der letzte Unorganisierte
der Organisation beitrete. Wir haben das moralische Recht, zu fordern, daß
jeder, der die Errungenschaften der Organisation mit genießt, auch zur Erhaltung
und Vergrößerung dieser Errungenschaften beiträgt.

Das wir allen Grund haben, unsere Organisation soviel wie möglich zu
stärken, ergibt sich klar und deutlich aus dem Tätigkeitsbericht, den der Vorstand
des Arbeitgeberbundes kürzlich veröffentlicht hat. Aus ihm geht erneut hervor,
daß der Bund in den letzten Jahren gewaltig gerüstet hat und auch in den
nächsten Jahren weiter rüsten will. Er rühmt den Abschluß der Tarifverträge
mit den übrigen baugewerblichen Unternehmerverbänden, dem Verband der
Baumaterialienhändler und den andern großen Lieferantenvereinigungen als
eine für den Bund sehr wichtige Tat. Dann teilt er mit, daß der Bund der
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände beitreten werde, die kürzlich
aus der Verschmelzung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und
des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände hervorgegangen ist und die
sämtliche deutsche Arbeitgeberverbände umfaßt. In dem Bericht heißt es,
der Abschluß bedeute für den Bund „fraglos eine wesentliche Stärkung seines Ein-
flusses und seiner Widerstandsfähigkeit“. Die Vereinigung werde einen Jahres-
beitrag von 20 % pro M. 1000 Lohnsumme erheben und dadurch in die Lage
kommen, in kurzer Zeit einen großen „Streikabwehrfonds“ anzusammeln, aus
dem bei großen Kämpfen die weniger abwehrfähigen Verbände kräftig unter-
stützt werden sollen. Als Mitglied der Vereinigung dürfe der Bund in Kampf-
zeiten nicht nur auf finanzielle Beihilfe, sondern auch auf andere Unterstützung,
wie Sicherung der Materiallieferung, Gewährung der Streiklaufes usw., rechnen.
Der zu zahlende Beitrag bedeute allerdings eine Verdoppelung der im
letzten Jahre gezahlten Bundesbeiträge, aber dafür könne man von der
weiteren Verstärkung des Wehrschages Abstand nehmen.

Der Bund will also — trotz seines bereits angesammelten
Wehrschages! — die Bundesbeiträge verdoppeln. Das zeigt unsern
Kollegen wohl zur Genüge, wohin der Weg des Bundes geht. Er schießt sich
in diesem Jahre noch nicht stark genug, den Entscheidungskampf mit den Arbeiter-
verbänden zu wagen. Deswegen zog er für diesmal die Gewährung einer Lohn-
erhöhung und die friedliche Erneuerung der Tarifverträge vor. Er will aber
bis 1916 so rüsten, daß er dann den Entscheidungskampf aufnehmen kann. Zu
diesem Zwecke hat er auch mit dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeber-
verbände eine einheitliche Tarifpolitik und den gemeinsamen Ablauf aller Tarif-
verträge im Jahre 1916 vereinbart. In dem Bericht des Bundesvorstandes
heißt es ausdrücklich, der Reichsbund, der „vorläufig“ keine Kampforganisation
sei, wolle „nach Anspannung genügender Geldmittel seine Aufgabe erweitern“.

Aus alledem geht hervor, daß wir uns jetzt in einer ähnlchen Lage
befinden wie 1908, wo der Arbeitgeberbund auch aus Zweckmäßigkeitsgründen
seiner Rüstungen im Jahre 1910 um so sicherer gelingen werde, die Arbeiter-
verbände niederzurücken. Es ist kein Zweifel: Der Arbeitgeberbund rüstet sofort
nach dem Friedensschluß weiter zum Kampf. Darum rufen wir auch unsere
Kollegen schon jetzt zu eifriger, tatenfroher Werbearbeit für den Verband auf.
Wer in dieser ersten Zeit nicht seine ganze Kraft für die Stärkung des Ver-
bandes einsetzt, wer mitspielt beiseite steht oder gar die Werbearbeit durch
nörgelndes Kriteln hemmt, der begeht ein Verbrechen an der Organisation,
daß wir im Jahre 1916 bitter büßen müssen. Also fort mit Mühen und
unerschütterlicher Vorgete! Tue jeder seine Pflicht für den Verband!

Auf zu energischer, tatenfroher Werbearbeit!

Die letzten zentralen Verhandlungen.

Abschluß der Lohnbewegung für das Betongewerbe.
Unterzeichnung der Verträge.

In ihren Vorschlägen vom 12. März 1913 hatten die Unparteilichen ausgesprochen, daß die Betonarbeiter unter den zentral zu vereinbarenden Hauptvertrag und das Vertragsmuster fallen sollten. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Betonarbeiter wurde den örtlichen Organisationen überwiesen, die sie bei den örtlichen Verhandlungen bis zum 19. April mit erledigen sollten. In einer Anzahl von Orten ist dies auch geschehen; in anderen Orten war dagegen auch in diesen Fragen eine Einigung nicht möglich. Bei den weiteren zentralen Verhandlungen am 23. sowie vom 27. bis 30. April war gleichfalls die Erzielung der Betonarbeiter nicht zu erreichen. Die Unparteilichen schieden darum bei ihren Vorschlägen über Lohn- und Arbeitszeit diese Frage aus und bezielten sie einer späteren Verhandlung vor. Dabei wurde gleich vereinbart, daß, wenn eine Verständigung der Parteien bei den neuen Verhandlungen nicht möglich sein sollte, von den Unparteilichen ein Schiedsspruch mit bindender Kraft für beide Parteien gefällt werden sollte. Diesen Vereinbarungen, die mit den Gesamtorschlägen der Unparteilichen ein untrennbares Ganzes bildeten, stimmte unser Verbandstag durch Annahme der Vorschläge zu.

Am 26. und 27. Mai haben nun in Berlin die Verhandlungen zur Regelung der Betonarbeiter stattgefunden. Dabei wurde auf Wunsch des Arbeitgeberbundes auch einmal über die Vertretungen und Ergänzungen gesprochen, die die Unparteilichen am 6. Mai an ihren Vorschlägen vom 1. Mai vorgenommen hatten. Der Bund wollte bekanntlich diese Vertretungen, die besonders für Rheinland-Westfalen und einige holländische Orte noch eine Verbesserung gebracht hatten, nicht anerkennen. Er hatte auf seiner Generalversammlung beschlossen, nur die Vorschläge vom 1. Mai anzuerkennen, weil die Änderungen ohne Einwilligung des Bundes vorgenommen worden seien. Diesen Standpunkt vertraten die Bundesvertreter auch bei den zentralen Verhandlungen. Damit hatten sie aber keinen Erfolg. Unsere Vertreter erklärten, daß die Verhandlungen der Arbeiterverbände den Vorschlägen nur unter der Bedingung zugestimmt hätten, daß auch vom Bund die gesamten Vorschläge der Unparteilichen, einschließlich der Änderungen vom 6. Mai, angenommen würden. Geschehe das nicht, so verliere die Zustimmung der Arbeiterverbände zu den Vorschlägen ihre Gültigkeit, und die Gewerkschaften müßten dann den Kampf beginnen. Die Unparteilichen erklärten gleichfalls, daß ihre Vorschläge ein einheitliches Ganzes seien. Die Ablehnung der Vorschläge vom 6. Mai zöge die Ablehnung der Vorschläge vom 1. Mai nach sich, so daß dann kein Vertrag bestünde.

Unter diesen Umständen blieb dem Arbeitgeberbunde nichts anderes übrig, als nun ebenfalls die gesamten Vorschläge anzuerkennen. Der Bundesvorstand ver-

pflüchte sich, seine Unterverbände anzuweisen, auch die Lohnerrhöhungen nach den fortgerichteten Vorschlägen der Unparteilichen, rückwirkend bis 2. Mai einschleppend, zu zahlen. Soweit das in dieser Woche (bis zum 30. Mai) nicht mehr möglich ist, soll es in der nächsten Woche geschehen. Es haben also alle unsere Kollegen, die an der Erneuerung der Verträge beteiligt sind und die Lohnerrhöhungen noch nicht erhalten haben, darauf Anspruch, daß ihnen die Lohnerrhöhungen nach den Vorschlägen der Unparteilichen vom 2. Mai an nachgezahlt werden.

Bei den Verhandlungen über die Betonbaufrage, die vorher geführt worden waren, vertraten unsere Kollegen die Ansicht, daß die Löhne für Betonarbeiter höher steigen müßten als die Löhne für Maurer und Zimmerer. Dabei verwiesen sie auf die Schwere der Arbeit sowie darauf, daß die Löhne für Betonarbeiter in mehreren süddeutschen Städten bereits höher seien als die Maurerlöhne. Dem hielt der Unternehmer entgegen, daß dies Ausnahmen seien, die darauf zurückzuführen wären, daß von den süddeutschen Betonbau-Spezialgeschäften früher italienische Zementfacharbeiter ohne Zuschlag für auswärtige Arbeiten von Baustelle zu Baustelle geschickt worden seien. Da sei ein höherer Lohn am Platze gewesen. Für ortsanfällige Arbeiter dagegen, die für auswärtige Arbeiten Zuschläge erhalten, lasse sich ein höherer als der Maurerlohn nicht rechtfertigen. Lange diskutierten man über die Benennung der verschiedenen Arbeitergruppen, aber die Frage, wer Einschalbeiter machen solle und wie die verschiedenen Gruppen zu bezahlen seien. Schließlich fielen die Unparteilichen folgenden

Schiedsspruch der Unparteilichen zur vertraglichen Regelung des Betongewerbes.

A. Unterscheidung der im Betongewerbe beschäftigten Arbeiter.

Im Betongewerbe werden folgende besondere Arbeiterkategorien unterschieden: 1. Zementfacharbeiter, 2. Zementarbeiter.

Unter einem Zementfacharbeiter ist ein solcher zu verstehen, der imstande ist, Eisen auszubiegen, zu biegen, zu verlegen und zu stecken, den Beton richtig und sachgemäß zu bearbeiten und zu behandeln, eine Decke eben und scheidrecht abzuschleifen und auszutreiben, einen Fußboden auch nach Gefälle mit den etwaigen Fugensteilen richtig herzustellen, den ferner putzen und glätten, überhaupt selbstständig arbeiten kann.

Unter einem Zementarbeiter ist ein nicht vollkommen ausgebildeter Facharbeiter zu verstehen, der von den vorgenannten Leistungen nur einen Teil ausführen kann und der diese Tätigkeit mindestens ein Jahr ausgeübt hat; er wird Zementfacharbeiter, wenn er eine mindestens zweijährige Tätigkeit als Zementarbeiter nachweisen kann.

In Beton- und Eisenbetonbetrieben ist es zulässig, das Zu- und Abtragen von Gips, Bretern, Eisen und sonstigen Materialien, das Entmischen von Betonen, Gipseinstreuen beim Einschalben, das Ausfischen (unter angemessener Mitwirkung von Facharbeitern), das Auffüllen einfacher

Planen, transportabler Bauwägen und ähnliche Arbeiten von anderen Arbeitern zu deren Lohnjahr befreien zu lassen.

B. Lohnfestsetzung.

1. Allgemeines.

Die Löhne der Zementfacharbeiter sollen denen der Maurer und Zimmerer, die Löhne der Bauhilfsarbeiter im Betongewerbe denen der Bauhilfsarbeiter im Hochbau gleich sein. Die Löhne der Zementarbeiter werden auf 10 pSt. über die Löhne der Bauhilfsarbeiter festgesetzt.

Es ist daher anzustreben, die Betonbau-Löhne den Hochbau-Löhnen allmählich gleichzustellen.

2. Besondere Grundsätze für die Tarifperiode 1913/14.

I. Wo die Betonbau-Löhne den Hochbau-Löhnen gleich sein, sollen die für das Baugewerbe vorgeesehenen Lohnerrhöhungen eintreten.

II. Wo die Betonbau-Löhne niedriger als die Hochbau-Löhne sind, soll der Ausgleich möglichst innerhalb der drei Tarifjahre erfolgen, und zwar durch gleichmäßige Sonderzuschläge bis höchstens 2 1/2 für ein Jahr. Bei Spannungen über 6 1/2 soll der weitere erforderliche Ausgleich in den späteren Tarifperioden vorbehalten bleiben.

III. Wo die Betonbau-Löhne höher sind als die Hochbau-Löhne, soll ein allmählicher Ausgleich in der Weise durchgeführt werden, daß für die jetzige Tarifperiode die Erhöhung der Betonbau-Löhne sich wie folgt vollzieht: a) Lohnerrhöhungen bis 4 1/2 gelten ohne Kürzung auch für das Betongewerbe, b) Lohnerrhöhungen über 4 1/2 im Baugewerbe erfahren im Betongewerbe eine Kürzung um 1 1/2 und zwar um den im Laufe der Vertragsperiode vorgeesehenen letzten Pfennig (zum Beispiel: Baugewerbe 2, 2 1/2 — Betongewerbe 2, 2 0).

C. Sonstiges.

I. Meberstunden. Der § 3 des Hauptvertrages und des Vertragsmusters für die örtlichen Tarifverträge im Baugewerbe enthält folgenden letzten Absatz:

Zulässig ist bei Betonbauten das aus Sicherheitsgründen notwendige Feststellen großer Unterzüge, Säulen, Treppentritte und Dachbänke. Eine willkürliche und regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit darf durch diese Bestimmung nicht herbeigeführt werden.

Bei obigen Betonarbeiten wird der Meberstundenzuschlag erst gezahlt, wenn die Meberstreckungen länger als eine halbe Stunde dauern. Der Betrag der Mebermaschine ist in der Regel eine Viertelstunde vor Schluß der Arbeitszeit einzufstellen.

II. Die Verwendung von Zementarbeitern auf einer Baustelle soll in angemessenem Verhältnis zu der Zahl der Zementfacharbeiter stehen.

III. In den Orten, in denen auf Grund bestehender Verträge eine Erhöhung der Löhne am 1. April 1913 stattgefunden hat, ist sie auf die hier festgesetzten Lohnerrhöhungen anzurechnen.

IV. Anderweitige Regelungen bleiben in Kraft.

Diesem Schiedsspruch gaben die Unparteilichen folgende Begründung:

„Wir überweisen den Vertragsparteien den obliegenden Schiedsspruch mit dem Bemerkte, daß er den ersten Versuch enthält, im-josefentlichen auf Grund der in Sachfen

1813.

Ein Rückblick auf die deutsche Geschichte.

IV.

Neben der Vorlesung, Schließen abzutreten, führte das Ministerium Dohna-Altenstein, und der Graf Hardenberg, der die von Napoleon geforderte Konstitution mit Hilfe einer Art von Rationalbank aufbringen wollte, wurde als Staatskanzler, erster Rat im Kabinett und Präsident des Gesamtministeriums an die Spitze der Geschäfte berufen. Der neue Mann, Erpöhlung eines hannoverschen Geschichtswissenschaftlers, war auf dem Umweg über England und Frankreich in preussische Dienste gelangt, hatte Glück gehabt und die Konjunktur sehr auszunutzen gewußt, war auch zuvor schon preussischer Minister gewesen. Er erhielt nun eine Machtfülle, wie sie Stein nicht gegeben war, der mit ihm gemeinsam einen erfolgreichen Kampf für die Ersetzung der Kabinettsregierung durch eine Ministerregierung geführt, aber dem Kollegialsystem vor dem Staatskanzlersystem den Vorzug gegeben hatte. Der schon erwähnte Junker v. d. Marwitz charakterisierte den Grafen folgendermaßen:

„So wie er sein Lebenlang mit den Weibern untreulich war, eine nach der anderen heiratete, entführte, stieß sie, und noch zehn andere neben ihr frequentierte, so war er auch als Minister nach allem greifend, sich mit allem befassend, aber nichts vollendend und behauptend.“

Die preussischen Vertreter der alten Privilegien haben Hardenberg gehaßt, wie sie Stein gehaßt haben. Das muß bei der Bewertung dieses Mannes eines ihrer Hülsen, der von dem Staatskanzler sogar auf ein paar Wochen auf die Stellung Spanbau gefaßt wurde, und seinen Gegner, des Königs Minister, dafür in seinen Lebenserinnerungen einen „verfluchten Ragabunden“ tituliert, im Auge behalten werden.

Aber es ist schon etwas daran: was dem Mann, der zur Fortsetzung der Reformen berufen war, abging, war der Geist und die Konsequenz. Er war in weit höherem Maße als der Reichsfürst von Stein von den liberalen Ideen der französischen Revolution ergriffen. Schon in Preußens Wiedergeburt das offene Bekenntnis zu diesen Ideen gefordert. Nur darf nicht vergessen werden, daß er unter den Errungenschaften der französischen Revolution das innerpolitische System Napoleons verstand. Er versuchte im Gegensatz zu Stein, der die schlummernden Kräfte der Nation erwecken und zur Neugestaltung des Staatswesens herbeiführen wollte, die liberale Bürokratie an die Stelle des Feudalismus zu setzen. Er ließ sich dabei vor allem durch die Einrichtungen des Königreichs Westfalen beeinflussen, wobei er jedoch niemals weiter ging, als möglich war. Die radikalen Mittel, ohne die, wie er 1810 an Stein schrieb, kein Heil zu schaffen war, verschmähte der Staatsmann, der, ähnlich einem leitenden Minister der neuesten Zeit, ganz gern liberal regiert hätte, wenn es ihm von den agrarischen Elementen erlaubt worden wäre.

Die großen Pläne, die der Vater der Reformen verfaßt hatte um die Vorrechte des Adels zu beseitigen, wurden fallengelassen, und vor allem verdrängte Hardenberg auf die Durchführung der den Agrariern unheimlichen Finanzreformprojekte, die wenigstens im Prinzip sogar noch von Altenstein und Dohna verteidigt worden waren. Beseitigung aufzuheben und gleichzeitig eine allgemeine Einkommensteuer einzuführen. Wie vertraut mußte es uns an, wenn wir hören, wie die Vorläufer der Sozialdemokratie, Pappenheim u. H. Himmel und Hölle gegen eine Verwirklichung solcher Gedanken in Bewegung setzten! Stein war entschlossen gewesen, den Kampf aufzunehmen und suchte in diesem Sinne jetzt auch auf Hardenberg einzu-

zuwirken. Er wollte den Grundrissen folgen, durch die der berühmte französische Staatsmann Napoleon eine „verwobene, ungeordnete und rätselhaftige Nation“ beiderseitig habe. Er dachte an die Aufhebung oder Umgestaltung des Adels, da ihm die Menge armer, gutloser oder verführter Junker, deren hochgeschraubte Ansprüche in Hand mit einem starken Mangel an Bildung gingen, als eine große Last für Preußen erschienen. Aber Hardenberg gab kein Bei. Er tastete die Grundsteuerfreiheit nicht an und beschränkte die schon vorhandenen Ansprüche auf einer Einkommensteuer, weil sie, wie er sagte, einer fortgeschrittenen Agitation gleichkomme und der öffentlichen Meinung so sehr zuwiderlaufe. Daß die öffentliche Meinung nur die der Junker war, wußte der Staatskanzler genau, aber er war eben nicht der Mann des Durchhaltens. Immerhin trieb ihn die Notwendigkeit, die Finanzen des preussischen Staates zu sanieren, auf Wege, die ihn, wie die Einführung der Steuerfreiheit, die Judenemanzipation, doch in einen Gegensatz zu den Verehrern des Bestehenden brachten.

Am stärksten erregte er des Landadels Gemüter durch den Schlag des sogenannten Endarmee-Erblitz vom 30. Juli 1812, das die Breiten der Nation“ beiderseitig habe. Der Rittergutsbesitzer präferierten Landbesitz und den von ihnen beehrten Kreislauf abhingen wollte. Die widerstrebenden Stimmungen kamen dabei den Opponenten zu Hilfe. Zunächst trat eigentlich nur die Gendarmen in Wirksamkeit, bis dann durch Kabinettsordre vom 19. Mai 1814 die ganze Verwaltung wieder aufgehoben wurde, und die alten schönen Patrimonialverhältnisse, sicher zur Freude der in ihre Heimat zurückkehrenden Landbesitzer, wieder Platz griffen.

Das bemerkenswerte an dieser Opposition gegen das Erblitz von 1812 ist, daß sie zum ersten Male in einem parlamentarischen Rahmen erhoben wurde. Seit dem 7. September 1811 hatte Preußen so etwas wie eine gewählte Volksvertretung.

bereits erfolgten Regelung des Lohnangebots vertraglich in das Baugewerbe einzuführen. Bei der großen Verschiedenheit der Arbeit und Lohnbedingungen innerhalb des deutschen Baugewerbes mußte davon abgesehen werden, schon jetzt eine genaue Anpassung an das Baugewerbe zu erstreben. Es ist vielmehr durch den Schiedsspruch im weitesten Umfang der bestehenden Verschiedenheit Rechnung getragen und eine Lohnannäherung des Baugewerbes an das Baugewerbe unter äußerster Schonung der bisherigen Lohnverhältnisse vollzogen. Es muß den Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages im Jahre 1916 vorgehalten werden, auf Grund der inzwischen neu gewonnenen Erfahrungen auf dem durch diesen Schiedsspruch grundsätzlich vorgeschriebenen Wege fortzuschreiten.

Durch den Schiedsspruch wird der Verschiedenartigkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betonbaugewerbe ein Ende bereitet, wenn auch hinsichtlich des Lohnes nicht auf einen Schlag. Es ist festgelegt, daß die Löhne der ausgebildeten Zementarbeiter, die den Namen „Zementfacharbeiter“ erhalten, den Löhnen der Maurer und Zimmerer gleich sein sollen. Wo sie bereits gleich sind, sollen die Kollegen denselben Zuschlag erhalten wie die Maurer. Wo sie niedriger sind, soll im Laufe der Tarifperiode ein Ausgleich herbeigeführt werden, sofern kommt eine große Zahl von Kollegen in dieser Vertragsperiode zu Lohnherabsetzungen bis zu 10 %). Wo der Lohnausgleich vollends in der nächsten Tarifperiode erfolgen. Dieser schonen Ergründung gegenüber fällt es nicht sehr ins Gewicht, daß die Steigerung der Betonarbeiterlöhne dort, wo sie bereits höher als die Maurerlöhne sind, 1 % weniger als bei den Maurern sein soll, wenn die Steigerung für die Maurer über 4 % hinausgeht. — Die Unterscheidung der verschiedenen Arbeiterkategorien ist im wesentlichen so, wie sie bereits in einer Reihe von alten Tarifverträgen gegeben ist. Alle Lohnherabsetzungen sind auch für die Betonarbeiter rückwirkend vom 1. Mai an zu ziehen, und zwar, soweit dies möglich ist, in dieser Woche, in allen anderen Fällen in nächster Woche (spätestens am 7. Juni). — Der Abschluß der Bewegung für die Betonarbeiter bedeutet einen weiteren glücklichen Erfolg der Organisation. Mögen nun auch die Betonarbeiter ernstlich an deren Stärkung mitarbeiten!

Vor Schluß der Verhandlungen wurde vom Arbeitgeberbund und von allen drei Arbeiterverbänden der Hauptvertrag unterzeichnet. Damit ist der Friede im Baugewerbe bis zum Jahre 1916 endgültig gesichert. Am 26. Juni sollen sich die Organisationsverbände über die Errichtung des Haupttarifrates verständigen.

Die Arbeitsnachweise.

II.

Der Westdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, früherer Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, machte 1909 den Versuch, eine Art zentralisierten Arbeitsnachweises zu schaffen. Die Einrichtung besteht noch heute in der Form

Wir entsinnen uns der auf eine „Nationalrepräsentation“ gerichteten Pläne Glücks. Was war aus ihnen geworden? Im September 1898 hatte der König die Verabschiedung eines Aufwandes genehmigt, in dem das repräsentative System verwirklicht wird. Man mag sich das Datum merken. Mit ihm begann die große und wichtigste Versprechungen preußischer Könige! Die nächste Zeit brachte dann eine ganze Reihe von Entwürfen zu einer Volksvertretung. Die Idee lag in der Luft und wurde besonders von denen verfolgt, die von einem Randtag eine Unterbrechung ihrer auf eine Erhebung gegen Napoleon gerichteten Wünsche erwarteten. Das Volk sollte gegen den ungeschicklichen König ausgespielt werden. Aber der König hatte einen Maßstab an dem Maß, der alles tat, um das Verwirklichung und Verwirklichung zur Verwirklichung unserer Staatsidee zu verwirklichen. Garbenberg war zwar auch ein Anhänger des repräsentativen Systems, aber doch mehr platonisch. Es sollte vor allem der Bürokratie nicht wehe tun. Zunächst verteilte er auf einen späteren Zeitpunkt. Doch die Wichtigkeit, neue Steuern zu erheben, ließ es ihm ratlos erscheinen, praktische Zugeständnisse zu machen. Von gewählten Repräsentanten wollte er nach wie vor nichts wissen, die sollten später kommen. Der König mußte wieder einmal versprechen. Später sollte eine „zweckmäßig eingerichtete Repräsentation“ sowohl in den Provinzen als für das Ganze“ gegeben werden; einwilligen erkannte man einige Vorteile zu haben.

Diese Versammlung wurde am 23. Februar 1811 eröffnet. Ihren Zweck erklärte Gieseler ganz richtig dahin, daß sie ein Regierungsgremium sei, mit dem man das Volk die neuen Aufgaben und Einrichtungen in einem milderen Maße erscheinen lassen wollte. Es stellte sich bald heraus, daß dieser Apparat nicht genüge und — der König mußte am 7. September 1811 der Abweisung halber wieder einmal versprechen. Gleichgültig wurde jedoch eine aus

von angeblich 28 Arbeitsnachweiskstellen. Der Westdeutsche Arbeitgeberbund gibt alljährlich einige hunderttausend Mark für ihre Verwaltung aus, ohne daß ein entsprechender Nutzen für die Unternehmer daraus erwächst. Nach den Bestimmungen, die für den Unternehmer nachweis gelten, vielleicht noch gelten, aber nicht gehalten werden, sollen zum Beispiel die Unternehmer von Gosfeld den Arbeitsnachweis in Münster, die von Wippringer und Paderborn den in Bielefeld benutzen. Immerhin soll von Wippringer aus versorgt werden. Von Essen aus sollten Duisburg, Ruhrort, Weiden, Hamborn, Wülfrath und Rheinhausen mit Arbeitskräften versehen werden. Für vernünftige Menschen war ohne weiteres klar, daß ein solcher Plan nicht durchgeführt werden konnte. Vielleicht läßt er sich dann einmal durchführen, wenn die Bauunternehmer den Bauarbeitern eine Lebensstellung mit Pensionierung anbieten können. Jedoch der Umstand, daß er überhaupt aufgestellt werden konnte, beweist uns, von welchem Geist die Leitung des bürgerlichen Bundes befeht ist. Doch ein Bauarbeiter, der von Paderborn den Arbeitsnachweis, von Rheinhausen den Essen oder von Gosfeld den Münsterischen Arbeitsnachweis aufsuchen muß, um Arbeit zu erhalten, dazu fast einen Tagelohn an Fahr- und Beisehlage ausgeben muß, daran haben die Hauptmänner der Meister, die den Plan aufstellten, nicht gedacht. Die Vermittlungssachen, die von dem Essener Bureau des Arbeitgeberbundes der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, sind zum Teil nachweislich erlogen, und da, wo sich dies nicht nachweisen läßt, so unüberzeugend, daß ihre Wertlosigkeit in die Augen fällt. Im Jahre 1911 hatten die Dortmunder Gewerkschaften den bürgerlichen Unternehmer nachgesprochen. Nach den gemachten Feststellungen war die Zahl der in der fraglichen Zeit den Nachweis aufsuchenden Arbeiter auf wenige verblieben. Subjektive Befürchtung. Die Bundesleitung berichtet jedoch offiziell von 680 Vermittlungen. Die Arbeitsnachweise in Schwerte und Soest füllten zum Beispiel in 1910 im August je eine Stelle, dagegen im Dezember 918 respektive 283 Stellen besetzt haben. Die Nachweiskstelle Dinslaken hatte angeblich im Juli 1910 8 Bewerber und 217 offene Stellen, im August keine Bewerber und 218 offene Stellen. Essen hatte im August 1910 einen Überbeschuß von 240 Bewerbern, trotzdem konnte es anscheinend die offenen Stellen im benachbarten Dinslaken nicht besetzen. Letzmalige und Sagen müssen sehr tüchtige Arbeitsnachweisbeamten haben. Bei ihnen war es längere Zeit Regel, daß die Zahlen der Bewerber, der offenen und der bemittelten Stellen sich gegenseitig bedekten. Ob die Verwalter die etwa fehlenden Bewerber selber machten oder ob sie diese bei einem Wäcker bestellten ließen, haben wir leider nicht erfahren können. Diese wenigen Beispiele gehen uns den Beweis, daß es den Unternehmern des Baugewerbes bei der ganzen Sache nicht um die Arbeitsvermittlung zu tun ist.

Den Unternehmern in anderen Gewerben geht es ebenso wenig um die Arbeitsvermittlung. Das wird bewiesen durch ihre ganze Geschäftsbearbeitung. Während ihre Organisationen sonst bei dem Aussehen von Scharfmachern in sehr enger Verbindung stehen, ist es ihnen bis heute nicht möglich geworden, die Arbeitsvermittlung auch nur für kleine Bezirke oder einzelne Städte zu zentralisieren. Die Arbeitsvermittlung endet mit — einem neuen Versuch des R. u. b. W.

In der Angst vor Napoleon wurden am 22. Mai 1815 Landestände für die ganze Monarchie in Aussicht gestellt. Eine Konstitution, deren Grundlinien schon ausgearbeitet seien, sollte die tapferen Verteidiger des Vaterlandes belohnen. Voll großer Hoffnung ging die Versammlung auseinander. Sie ahnte nicht, daß es noch ein Menschenalter dauern sollte, bis unter dem starken Druck des Volkswillens der Nachfolger Friedrich Wilhelms III. endlich einen Anfang mit der Erfüllung der Versprechungen machen konnte. Dr. R. u. b. W. Bielefeld.

Die Überweisung von Arbeitern, die an einer Stelle überflüssig sind, nach einem anderen Platz, wo sie gebraucht werden, hat man bisher nicht einmal probeweise vorgenommen. Hier kollidieren nämlich die Interessen der Unternehmer untereinander. Beispielsweise haben die Berliner Metallindustriellen ein großes Interesse daran, daß ihnen stets ein großes Heer von Arbeitslosen zur Verfügung steht, weil sie hoffen dürfen, durch deren Konkurrenz die Arbeitsbedingungen niedrig zu halten. Dabei können in Hamburg zu gleicher Zeit tausende von Arbeitern fehlen, es wird dem Berliner Arbeitgeber nachweislich nicht einfallen, Arbeiter nach Hamburg zu überweisen. Während also in dieser Beziehung zwischen den Arbeitsnachweisern der Unternehmer jede Geschäftsverbindung fehlt, ist man schon sehr feil in Verbindung getreten, als unter den leitenden Personen das Bedürfnis nach dem Austausch beruflicher Erfahrungen und Gewohnheiten vorhanden war. Seit dem Jahre 1898 finden regelmäßige Arbeitsnachweis-Konferenzen statt, die sich, das ist bezeichnend, viel mehr mit anderen Dingen beschäftigen als mit der Arbeitsvermittlung. Es sind dies Zusammenkünfte der Arbeitgeberverbandssekretäre. Den Geist, der dort herrscht, zeigt uns zum Beispiel die Tagesordnung der Konferenz im Jahre 1906. Es wurden dort Referate entgegengenommen über „Arbeitsnachweise“, Referent: Hieslow-Hamburg; „Gesellschaften zur Entschädigung der Arbeitgeber bei „Arbeitsentstellungen“, Referent: Dr. Stressemann; „Auswertungstaktik“, Referent: Dr. Wälder; „Koalition“, Referent: v. Reisdorf. 1909 mußte Dr. Kändler die Konferenz unterhalten mit einem Vortrag über „Die Behandlung nichtorganisierter Arbeiter bei Auswertungen“. Das sind für eine „Arbeitsnachweis-Konferenz“ Vortragsthemen, die uns recht sonderbar anmuten würden, wenn wir die Gesellschaft nicht kennen.

Die gesamten Unternehmerarbeitsnachweise haben nach ihren Angaben im Jahre 1904 254 504, 1908 447 064 und 1909 534 766 Stellen vermittelt. Von diesen Zahlen sollen auf die baugewerblichen Nachweiskstellen entfallen: 1904 6744, 1908 70 147 und 1909 115 044 vermittelte Arbeitsstellen. Wir haben oben schon auf die ungläubwürdige Berichterstattung der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe hingewiesen. In der Unternehmerpresse ist seit Jahren das Dogma aufgestellt, die Unternehmerarbeitsnachweise seien an Bedeutung allen andern weit überlegen. Um die Nichtigkeit dieses Dogmas zu beweisen, greift man, außer der direkt unwahren Berichterstattung, zu allen möglichen Mitteln. Die meisten Unternehmer, die einer Organisation angehören, sind durch hohe Geldstrafen, die im Statut oder durch sonstige Beschlüsse festgelegt sind, verpflichtet, den Arbeitsnachweis bei Einstellung von Arbeitern zu benutzen. Man versucht also, indirekt die Arbeiter zu zwingen, den Nachweis zu benutzen. In der Metallindustrie und im Bergbau ist dies in vielen Fällen gelungen. Da, wo es nicht gelungen will, wie zum Teil im Baugewerbe und im Holzgewerbe, führt man den Angezwungen ein. Dort besteht also die Arbeitsnachweise mittels Umsehens weiter, nur muß der Unternehmer jeden eingestellten Arbeiter beim „Arbeitsnachweis“, der also hier zu einem reinen Kontrollbureau geworden ist, anmelden. Die auf solche Art besetzten Stellen werden dann als „vermittelt“ aufgeführt und müssen mit dazu dienen,

Wollvertretung endete mit — einem neuen Versuch des R. u. b. W.

In der Angst vor Napoleon wurden am 22. Mai 1815 Landestände für die ganze Monarchie in Aussicht gestellt. Eine Konstitution, deren Grundlinien schon ausgearbeitet seien, sollte die tapferen Verteidiger des Vaterlandes belohnen. Voll großer Hoffnung ging die Versammlung auseinander. Sie ahnte nicht, daß es noch ein Menschenalter dauern sollte, bis unter dem starken Druck des Volkswillens der Nachfolger Friedrich Wilhelms III. endlich einen Anfang mit der Erfüllung der Versprechungen machen konnte. Dr. R. u. b. W. Bielefeld.

Trommelschlag.

Näher und näher der eiserne Schritt —
Gewaltig und frei wie der Wirbelwind...

Schreite mit!
Ginein in die Reihen, geschwinde!
Es hebet heß in den Adern das Blut;
Der Atem — stürmische, fernende Blut.
Hörst du? Die eiserne Trommel klingt!
Fahnen — glühende Flammen...
Ginein wie tief in die Seele jetzt dringt:
Dann kommt der Tag, der die Nacht ein bringt,
Wenn jeder frei für die Freiheit ringt
Und kräftig wie Haken zusammen!
Dröhnender, schiller, rebellischer Lärm,
Stolzer, feuriger, dreister!
Der nur, der nicht das Große gemagt,
Der nur, der nie nach Gefahren geklagt,
Der ist der Menschheit liebestätiger Meister,
Der nur ist Herrscher der Geister!
Schwingt die Schlegel und trommle gut!
Trommle Empörung und stolzen Mut!
Wenn nur die heiligen Flammen entzündet —
Schwindet die Nacht!

S. RUTEL

Verhältnisse zwischen der Gesellschaft, in der sie leben, und der Arbeit, die sie ausführen, und die sie zu leisten haben. In der Industrie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurden in der Generalversammlung der Kattengemeinschaft Dortmund der Verfassung des Verein für Ziegeleifabrikanten gegenseitig. Der Verein ist bei dem Verbrauch im Jahre 1929 um 84 Millionen Steine geringer gewesen als im Vorjahre, er ist nach Mitteilung der Bevölkerung noch weiter im Rückgang begriffen, bei das Baugeschäft infolge der ungünstigen Lage eine sehr starke Einschränkung erfahren habe.

Die deutschen Gewerkschaften auf der Vaubausausstellung in Leipzig.

In Leipzig ist kürzlich die Internationale Bauausstellung eröffnet worden, über deren Entstehung wir des öfteren berichtet haben. Leider mußten wir auch sehr häufig über Baumängel und andere Mißstände auf der Ausstellung berichten und sie freilich bedauern. Das scheint uns die Ausstellungsteilnahme sehr übel genommen zu haben; denn sie hat uns die Mitteilung, die sie an die ganze an der Ausstellung interessierte Welt verschickt hat, nicht zugehen lassen, obwohl sie bei der Ausstellung nur sehr geringe Interesse an der Ausstellung voraussetzte, dürfte also auffälliger, da zum Beispiel an der Zeit nahezu anderthalb Jahrzehnte nicht mehr existierenden „Staatsrat“ die Mitteilungen regelmäßig geschickt worden sind. Nur als dessen Nachfolger sind wir in die Lage gekommen, gelegentlich über die Fortschritte der Ausstellung zu berichten. Nachstehend bringen wir nun einen Bericht des Sozialdemokratischen Pressebüros über die Beteiligung der deutschen gewerkschaftlichen Zentralverbände an der Ausstellung.

[illegible][illegible][illegible]

Im Innenraum des Hauses aber erfüllt das Wasser-
schallentwurf ein Pendant. Vom Schallfeld der Arbeit
ergründen uns hier kollektive Darstellungen und Photo-
graphien, dem Schallfeld, das alljährlich von Hundert-
tausenden deutscher Arbeiter besucht ist und ohne Unter-
brechung ständig neue Opfer sticht. Der Tod von 9493
Arbeitern und die Schmerzregie von 716 594 durch An-
lässe Verletzte im Jahre 1911 sind wichtige Anlässe
für den ungerechten Arbeitsschutz in Deutschland.
Der Tod, der ganz gewöhnlich die Arbeiter erschlägt,
legen die vom Schallarbeiterverband in Photographien,
Zeichnungen, endlich verfilmten Hände der Sol-
darbeitungs-Maschinenarbeiter sich in die Höhe, zeigen die
vom Materialverderben ausgehenden verkrümmten Gliedmaßen
und entstellten Gesichter der Arbeiterinnen, welche Be-
schäftigungen an Menschenleben und Gesundheit der menschen-
verfüllenden Kapitalismus anrichtet. Der Metallarbeiter-
verband zeigt an Metallisch beladenen Maschinengruppen,
die in der Luft schweben, die Arbeiterinnen, die in der
Höhe in Eisengeräten und Brückenbauern herumtollen
und, ohne irgend welche Schutzvorrichtungen, während der
Gleitenarbeiters das Gesundheitsschädliche und Ge-

sährliche der Steinbrüche vorführt. Anklagen gegen den ungereichen den Arbeiterschutz! Nicht tendenziös, man kann sagen: unperfekt, treten sie dem Ausstellungsbesucher gegenüber. Er sieht, was an Unfällen und Erkrankungen beihilft werden könnte, wenn ausreichende Schutzvorrichtungen in Uebung wären.

Innere deutschen Gewerkschaften sind immer mehr dazu übergegangen, ihre sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung nicht allein in Eingaben und Resolutionen niederzulegen, sondern sie durch Tagfahen zu begründen. Eine solche Tagfahenbegründung für bessere Bauarbeiterlohn ist die Ausstellung der Gewerkschaften in der Leipziger Tagfahausstellung. Möge sie in jenen Kreisen auch nicht ohne Eindruck bleiben, die für diese berechtigten Forderungen der Arbeiter in der Gesetzgebung mitwirken könnten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Jahresbericht des Kohlenyndikats. — Syndikat und Eisfluß.
— Fortgesetzte Verflannung auf dem internationalen Eisen-
markte. — Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

Der Jahresbericht des Kolonialbüros für 1912 bietet ebenfalls manche nicht viel neues; aber ein paar Erwägungen verdienen hervorgehoben zu werden. Ihre Freigabe über die Periode flotten Verflechtung vergrößerte sich, und die Produktion wurde durch die Weltwirtschaft die bedeutende Produktionszunahme. Die Produktion, der Hauptnehmer, deren Ausbeute um 37,3% des Produktionsjahres 1907 überstieg und dennoch gleich blieb. Die Produktion wurde, wie man wurde, brachte für die Kolongien, daß der Geldmarkt, der die Weltwirtschaft, nichts zu wünschen übrig ließ. Bei dieser Gelegenheit wird, unter Anwendung der Koks- und Breitenmetall in entfallende folgende interessante Statistik über Deutschlands Exporte, die seine Ausfuhr und Verbrauch an Eisenblech aufgestellt:

Jahr	Produktion	Zeitspenden			
		Rohstoffe einfache Werkstoffe	Rohstoffe schwere Zerlegen	Rohstoffverbrauch Total	pro Kopf BtGg.
1911	177,1	11,2	40,6	147,7	2227
1911	160,7	11,8	35,1	137,5	2085
1909	152,8	12,1	30,9	134,1	2064
1908	148,8	13,2	28,8	133,4	2084
1907	147,7	12,5	26,8	133,4	2118
1906	148,2	14,6	25,7	132,0	2126
1912 gegen 1907	+ 38,9	- 3,4	+ 14,9	+ 15,7	+ 101

Die Stellung gegenüber dem auswärtsigen Weltverkehr hat also nicht merklich geändert. Die Produktion des Auslandes auf deutschem Boden, noch mehr jedoch durch die kaiserlichen Vorräthe noch aus. Trotzdem steht dem Synkret nach stärkerem Glanzsteigreifen aus. Der Erfolg kann hierbei nicht in Frage kommen, da sich die Produktion der letzten Jahre gegen jede beträchtliche Verringerung ihres Brennstoffes nicht zu verhalten würden. Das Synkret verlangt dergleichen allgemein billiger Eisenbahntransporttarife, da dem Ausland vorwiegend die billigen Synkretschiffen an den Küsten und auf den Seemündungen der wichtigsten Punkte kamen, vor allem jedoch eine Vermehrung der Schiffe, die den Handel befrachten und infolgedessen auf die Regierung, die den Handel gegenüberstellt. Gerade in der letzten Forderung kommt die nicht unbeträchtliche Entwindung der letzten Jahre zum Ausdruck: die unangenehme Notwendigkeit nachdrücklicher zu werden, um nicht der dauernden Lieberproduktion zu verfallen.

[illegible]

Die Aussichten für das Geschäftsjahr 1918 bezeichnet der Bericht als „nach den bisherigen Erfahrungen und dem gegenwärtigen Stand der Marktlage durchaus günstig“. Speziell für die Kohlenproduktion mag das zutreffen, da diese bisher immer ausreicht und sehr abgeschwächt den

Und die Arbeiter sollten die heutigen Arbeits-
verhältnisse nicht sich fortsetzen. Zum Monat April
sollten bei den an der Arbeitskraft beteiligten Nach-
weisen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 123,5
Bewerberinnen zu sein. Das sind 4,6 mehr als im Vormonat und
10,7 mehr als im März. Im Vergleich mit dem Vorjahr
sind die Bewerberinnen um 10,7 Prozent mehr. Im Ver-
gleich mit dem Februar an. Dagegen lauten die englischen
Arbeitslosenfiguren für April noch immer günstig: von den
an der Arbeitskraft beteiligten der Gesamt-Union mit
1,7 Prozent. Im Vergleich mit dem März 1931, als
gegen 1,9 Prozent. Ende März 1931 lag die Zahl im all-
gemeinen noch fast freierstellend. April 1931.

Berlin, 20. Mai 1933. Max. Dr. Schöcher

[illegible]

Von den sonstigen ausländischen Ereignissen haben wir uns zu erinnern, daß die seit Wochen jeden Tag erwartete und mit Spannung erwartete Proklamation des Friedens in London erfolgt ist. Doch ist eine erfreuliche Zusage, an die ungefähre Millionen Menschen der Welt denken, daß dann und auch wirklich der Waffenstillstand in Europa die furchtbare unmittelbare Kriegsgewalt, in der sich Europa lange befunden hat, bejeitigt sein mögen. Die große dieser Wunsch der Nationen erfüllen und nicht aus dem Leben noch zu lösenden Fragen aus dem Völkern neue Elemente der Verunsicherung erschaffen.

Aufgefordert, ihren Verpfichtungen nachzukommen.
 von dem Zweigverein Elbing: Herrn. Liede, geboren
 2. April 1890 zu Mühlhausen i. Westpr., eingetretten am
 September 1911 (Verb.-Nr. 323/474); vom Zweigverein
 i. u. s. b. (Zahlstelle Großenbaum): Peter Tied, geboren

Der Petitionslag vom 27. Mai war hauptsächlich zwei
politischen Fragen gewidmet. Einmal der Errichtung
des Reichseinkunftsamtes zur Förderung
des Tarifvertragswesens und sodann der Men-
schen geltenden Lohnbeschlagnahme eines ge-
wissermaßen. Die erste Frage ist zu bemerken, daß sich die meisten

der Mitteln und der pro Stunde erzielt. In diesen beiden
Unterschieden, so die zu einem freibleibigen Ausstieg
der Differenzen führen werden, läßt sich argzeit
seinem Geizir bei der allgezeit eben erachtet, sind wie
Solcheneit beteiligt, in denen aber die heule mein
geizir Betrag zum Abfischig bekommen ist. Bei dem
der Unternehmer ist der Zeitraumabfischig in den
Jahre 1910 halber. Die Geizir auch gar nicht zu erwarten.
Beträge bis zu ihrem Abfischig, sind die in denen
untergeordnet werden. Für die neuen Beträge, so es
Angehen, als wenn sie alle nicht abgeschloffen werden
können, somit wie uns auch befinden werden, wenn die
Unternehmer in diesen Gefallen finden. Die Lohn-
unternehmer und Nachschub, dem 2. Bei an find anfangs
mit wenigen Ausnahmen, die in den Jahren 1910
auch durch unsere vorgeschlagenen Vorstellungen und auch
die Arbeitsstellungen wesentlich befördert geworden.
In diesen Orten, wo sich einzelne Unternehmer immer
finden, die in den Jahren 1910, die in den Jahren 1910

die nicht beizubringen, sondern nur von ihnen, wo die Unternehmer dies jetzt geklopfen gegen die Lohnrechnungen spenden machten. Es find dies die Dts. Arbeiter, Ansb., Gießheim, Hof-Milla, Gels., Bunsfeld, Nürnberg-Schöngersdorf, Schweig., Buch., Laufham, Gers., Gers., Müllers., Regensburg, Rothenburg und Weiden. An einigen Orten, wo die Bauern haben unsere Kollegen die Arbeit bereits übernommen, andere werden bei passender Gelegenheit folgen. Schönen werden wir den Unternehmern dieser Dts. nichts, auch nicht die Lohnrechnungen. Ueber den Stand der Arbeiter werden wir in der nächsten Nummer des „Glaubens“ berichten.

Bezirk Rostock.

Bei den generalen Verhandlungen einigten sich beide Parteien darüber, dass die Städte **Hofort, Pärne-
münde, Haffort, Bismar** und **Giftrort** sofort die
Bereitschaft auf 50 Stunden **unentgeltlich** befristet werden
sollte. Bei der Durchführung **unentgeltlich** Bestimmung machte
die Firma **Gegger & Wismar** Schwierigkeiten, wie sie es
während der ganzen befristeten Vertragsperiode ergoßen hat.
Sie ließ alle organisierten Kollegen ausweisen. Die Ver-
pflichtungen zur Nachzahlung um. Ichnte sie **laßend**
Bundes ab. Um der Firma bereitwillig zu machen, daß sie
ihre Verpflichtungen **unentgeltlich** zu erfüllen hat, haben
wir die **Spezere** verhängt.

Bezirk Stuttgart.

[illegible]

Stimmen zum Verbandstage.

Am 25. Mai ließen sich die Kollegen des Reichsvereins in Berlin zum Besuche ihrer Delegierten Einsegnung an der Potsdamer Garnisonkirche anstellen. Das war mit dem materiellen Ergebnis der Konferenzverhandlung nicht verbunden. Die Reichsvereinskollegen des Reichsvereins, die sich an der Konferenz von 3 und 4, 5, 6 und 7, 8 und 9, 10 und 11, 12 und 13, 14 und 15, 16 und 17, 18 und 19, 20 und 21, 22 und 23, 24 und 25, 26 und 27, 28 und 29, 30 und 31, 32 und 33, 34 und 35, 36 und 37, 38 und 39, 40 und 41, 42 und 43, 44 und 45, 46 und 47, 48 und 49, 50 und 51, 52 und 53, 54 und 55, 56 und 57, 58 und 59, 60 und 61, 62 und 63, 64 und 65, 66 und 67, 68 und 69, 70 und 71, 72 und 73, 74 und 75, 76 und 77, 78 und 79, 80 und 81, 82 und 83, 84 und 85, 86 und 87, 88 und 89, 90 und 91, 92 und 93, 94 und 95, 96 und 97, 98 und 99, 100 und 101, 102 und 103, 104 und 105, 106 und 107, 108 und 109, 110 und 111, 112 und 113, 114 und 115, 116 und 117, 118 und 119, 120 und 121, 122 und 123, 124 und 125, 126 und 127, 128 und 129, 130 und 131, 132 und 133, 134 und 135, 136 und 137, 138 und 139, 140 und 141, 142 und 143, 144 und 145, 146 und 147, 148 und 149, 150 und 151, 152 und 153, 154 und 155, 156 und 157, 158 und 159, 160 und 161, 162 und 163, 164 und 165, 166 und 167, 168 und 169, 170 und 171, 172 und 173, 174 und 175, 176 und 177, 178 und 179, 180 und 181, 182 und 183, 184 und 185, 186 und 187, 188 und 189, 190 und 191, 192 und 193, 194 und 195, 196 und 197, 198 und 199, 200 und 201, 202 und 203, 204 und 205, 206 und 207, 208 und 209, 210 und 211, 212 und 213, 214 und 215, 216 und 217, 218 und 219, 220 und 221, 222 und 223, 224 und 225, 226 und 227, 228 und 229, 230 und 231, 232 und 233, 234 und 235, 236 und 237, 238 und 239, 240 und 241, 242 und 243, 244 und 245, 246 und 247, 248 und 249, 250 und 251, 252 und 253, 254 und 255, 256 und 257, 258 und 259, 260 und 261, 262 und 263, 264 und 265, 266 und 267, 268 und 269, 270 und 271, 272 und 273, 274 und 275, 276 und 277, 278 und 279, 280 und 281, 282 und 283, 284 und 285, 286 und 287, 288 und 289, 290 und 291, 292 und 293, 294 und 295, 296 und 297, 298 und 299, 300 und 301, 302 und 303, 304 und 305, 306 und 307, 308 und 309, 310 und 311, 312 und 313, 314 und 315, 316 und 317, 318 und 319, 320 und 321, 322 und 323, 324 und 325, 326 und 327, 328 und 329, 330 und 331, 332 und 333, 334 und 335, 336 und 337, 338 und 339, 340 und 341, 342 und 343, 344 und 345, 346 und 347, 348 und 349, 350 und 351, 352 und 353, 354 und 355, 356 und 357, 358 und 359, 360 und 361, 362 und 363, 364 und 365, 366 und 367, 368 und 369, 370 und 371, 372 und 373, 374 und 375, 376 und 377, 378 und 379, 380 und 381, 382 und 383, 384 und 385, 386 und 387, 388 und 389, 390 und 391, 392 und 393, 394 und 395, 396 und 397, 398 und 399, 400 und 401, 402 und 403, 404 und 405, 406 und 407, 408 und 409, 410 und 411, 412 und 413, 414 und 415, 416 und 417, 418 und 419, 420 und 421, 422 und 423, 424 und 425, 426 und 427, 428 und 429, 430 und 431, 432 und 433, 434 und 435, 436 und 437, 438 und 439, 440 und 441, 442 und 443, 444 und 445, 446 und 447, 448 und 449, 450 und 451, 452 und 453, 454 und 455, 456 und 457, 458 und 459, 460 und 461, 462 und 463, 464 und 465, 466 und 467, 468 und 469, 470 und 471, 472 und 473, 474 und 475, 476 und 477, 478 und 479, 480 und 481, 482 und 483, 484 und 485, 486 und 487, 488 und 489, 490 und 491, 492 und 493, 494 und 495, 496 und 497, 498 und 499, 500 und 501, 502 und 503, 504 und 505, 506 und 507, 508 und 509, 510 und 511, 512 und 513, 514 und 515, 516 und 517, 518 und 519, 520 und 521, 522 und 523, 524 und 525, 526 und 527, 528 und 529, 530 und 531, 532 und 533, 534 und 535, 536 und 537, 538 und 539, 540 und 541, 542 und 543, 544 und 545, 546 und 547, 548 und 549, 550 und 551, 552 und 553, 554 und 555, 556 und 557, 558 und 559, 560 und 561, 562 und 563, 564 und 565, 566 und 567, 568 und 569, 570 und 571, 572 und 573, 574 und 575, 576 und 577, 578 und 579, 580 und 581, 582 und 583, 584 und 585, 586 und 587, 588 und 589, 590 und 591, 592 und 593, 594 und 595, 596 und 597, 598 und 599, 600 und 601, 602 und 603, 604 und 605, 606 und 607, 608 und 609, 610 und 611, 612 und 613, 614 und 615, 616 und 617, 618 und 619, 620 und 621, 622 und 623, 624 und 625, 626 und 627, 628 und 629, 630 und 631, 632 und 633, 634 und 635, 636 und 637, 638 und 639, 640 und 641, 642 und 643, 644 und 645, 646 und 647, 648 und 649, 650 und 651, 652 und 653, 654 und 655, 656 und 657, 658 und 659, 660 und 661, 662 und 663, 664 und 665, 666 und 667, 668 und 669, 670 und 671, 672 und 673, 674 und 675, 676 und 677, 678 und 679, 680 und 681, 682 und 683, 684 und 685, 686 und 687, 688 und 689, 690 und 691, 692 und 693, 694 und 695, 696 und 697, 698 und 699, 700 und 701, 702 und 703, 704 und 705, 706 und 707, 708 und 709, 710 und 711, 712 und 713, 714 und 715, 716 und 717, 718 und 719, 720 und 721, 722 und 723, 724 und 725, 726 und 727, 728 und 729, 730 und 731, 732 und 733, 734 und 735, 736 und 737, 738 und 739, 740 und 741, 742 und 743, 744 und 745, 746 und 747, 748 und 749, 750 und 751, 752 und 753, 754 und 755, 756 und 757, 758 und 759, 760 und 761, 762 und 763, 764 und 765, 766 und 767, 768 und 769, 770 und 771, 772 und 773, 774 und 775, 776 und 777, 778 und 779, 780 und 781, 782 und 783, 784 und 785, 786 und 787, 788 und 789, 790 und 791, 792 und 793, 794 und 795, 796 und 797, 798 und 799, 800 und 801, 802 und 803, 804 und 805, 806 und 807, 808 und 809, 810 und 811, 812 und 813, 814 und 815, 816 und 817, 818 und 819, 820 und 821, 822 und 823, 824 und 825, 826 und 827,

Am Zweigverein in Nürnberg hat am 18. Mai eine erweiterte Vorstandssitzung, an der 50 Kollegen aus dem ganzen Zweigvereinsgebiet teilnahmen, den Bericht vom Verbandstag entgegengenommen, und sich mit dem Ausgange der Verhandlung befaßigt. Abgesehen von den verschiedenen Anträgen, wie man die Verhältnisse der Unpar- teilichkeit, nicht weniger davon, daß fort die Lebensverhältnisse sich sehr halten, und wie sie in der Großstadt, sind die Mitglieder des Zweigvereins so mittelmäßig angekommen. Die Zustimmung waren aber die Kollegen der Meinung, daß in der Zukunft endlich auf die Treuezeit auf neuen Stunden überlegt werden muß. Größtenteils wurde, daß der „Grundstein“ in seinem Bericht vom Verbandstage dem Kollegen Ziegler aus Augsburg habe, indem er von der Bedeutung der Kollegen und der Verbindung des Vereins zum Ziel der Fortschrittlichkeitspolitik genommen hat. Eine solche Verankerung ist nicht nötig. Man sei der Meinung, daß die Teilnahme neben den Interessen der Gesamtheit und die Interessen der Mitglieder vertreten müssen, die sie delegiert haben. Die Kollegen, die die Meinung der Zweigvereine in

Händen haben, hätten ihren Bude! genug hinhalten müssen, es sei nicht nötig, sie auch noch von jeder Seite bloßzu-

[illegible]

Kein Himmel kann das Heil uns senden,
Es kommt aus keines Gottes Schoß;
Die Menschheit muß mit eignen Händen
Erleuchten sich ein besseres Loß.

Zum Abschluß der Vohnbewegung.

[illegible]

Bei der Betrachtung unseres materiellen Erfolges finden wir zunächst, daß die vom weitestgehenden Arbeitgebenden grundbesitzlich abgeteilte Lohnerschaft in der Gesamtheit umgeschlagen ist. Die Aufbesserung beträgt durchschnittlich 30 bis 35 Proz. der Löhne, 20 bis 30 Proz. der Gehälter und 10 bis 15 Proz. der Pensionen und 5 bis 10 Proz. der Zulagen. Außerdem muß man 1/2 a. g. eingerechnet, weil es zu einem offenen Kampf nicht gekommen ist. Dann ist bei der Gesamtbeurteilung zu beachten, daß die Grundbesitzer der Organisation, unsere Klasse, nicht in Anspruch genommen werden konnten. Die Lohn- und Gehaltssteigerungen sind also der Erfolg dieses Kampfes mit dem von 1910, so finden wir, daß in der Lohnaufbesserung beide umgekehrte Stufen der Lohn- und Gehaltssteigerung zu Tage treten. Gleiches man jedoch die persönlichen Opfer der

[illegible]

Verichte.

Engelbert Lange †

Am 28. Mai stand nach langem, höchstem Leiden der
Hollge Engelbert Range aus Geln. In früheren Jahren
bekleidete er lange das Amt des Rittersmeisters im dortigen
Hochgericht. Bis auf den Tod war er ein fleißiger
Arbeiter. Hollge starb am 28. Mai 1902 im Alter von 70
Jahren, er ist also nach 44 Jahre alt geworden. Dem Bau-
hilfsarbeiterverband trat er 1902 bei; also zu jener Zeit,
als seine Berufstätigkeit in fast allen rheinischen Städten
beendet, erstahnt hat sein Bauhaus hier. Organisation der
Arbeit, so wie auch an der des Bauhilfsvereins, des Bauhilfs-
Streichers und des Bauhilfsvereins einer großen Teil
seiner Arbeitstätigkeit gewidmet. Als 1905 die Kölner Bau-
hilfsarbeiter dort herzu mußten einen befristeten Bauhilfs-
arbeiter zu sein, wurde er als erster in den Bauhilfsverein
diesem Amt beauftragt, so daß er die zur Verfügungstellung
behielt. Bei der Belegung der Ämter im jehigen Bauhilfs-
verein des Deutschen Bauarbeiterverbandes blieben die auf
ihm einfließenden Güter in der Minderheit, so daß er nicht
mehr lange Zeit am Bau gearbeitet hätte, würde er frant.
Die Krankheit entwickelte sich zu einem sehr unheilbaren
Gehirnleiden, von dem unser Freund nun in der Strome
abgegangen ist. Er hinterließ eine Frau, die ihm sehr
teuer war, die er sehr liebte und geschätzt, wie seinen
Vater. Er ist seinem Andenken!

[illegible]

Maurdmüller. Mehrere Male wurde schon der Versuch gemacht, der Organisation hier Eingang zu verschaffen. Obwohl es an Mühewaltungen nie fehlte, blieb es doch immer nur beim Versuch. Vor einigen Wochen wurde

Der Zugang zum Zweigeberlein ist alljährlich so groß, daß selbst bei verhältnismäßig guten Jahren viele Kollegen wieder abziehen müssen. Seit einem Jahre ist die Zahl in Hamburg eine derartig schlechte Konjunktur, daß die ersten achtzehnjährigen Mitglieder des Zweigeberlein noch etwa drei Monate arbeitslos sind. Viele werden verlassen und in die letzten Wochen Hamburgs Wohnungsjetzt Lieberproduktion gehen müssen. In diesem Jahre sind die Kollegen, die in Hamburg sind, auf diesem Wege nicht zu haben. Es ist auch in den nächsten Monaten keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Eine große Anzahl der befristeten Kollegen werden unsere reisenden Kollegen. Die ersten deshalb nächsten Monaten Hamburg zu verlassen. Die letzten nur das Arbeitslosengeld verdienen. Selbst die Warnung gilt auch für die Spezialbranchen, brennendste für Klauer. — Auch aus Wiesbaden wird mitgeteilt, daß noch viele befristete Kollegen arbeitslos sind. Die reisenden Kollegen werden darum ersucht, Wiesbaden zu meiden.

Die Steuerbehörde der Stadt Schlegel hat den Versuch gemacht, eine Idee, die in der Distriktsion über die Steuermittel der Mehrzahl eine Rolle spielte, schon jetzt bei sich zur Wirklichkeit werden zu lassen. Sie hat nämlich dem dortigen Ortsbestenmann der Gewerkschaften einen Steuerzettel geschickt. An Staats- und Gemeindefiskus 110,50, Buchführung 100,00, Polizeibureau 10,00. Eine gefällige Begründung für die Vorgehen hat natürlich die Steuerbehörde nicht. Sie hat jedenfalls angenommen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Schlegel wären dümm genug, um auch gleich das Geld zu bringen. Die Steuerbehörde versahen heute auf die sonderbarsten Ideen, wenn es sich um die Steuer, deren empfindlichen Stellen sie so viel kennen. Unter der Voraussetzung, dass die Arbeiter so fähig sind, werden, als sei die Ermäßigung der Steuerzettel. Wir begreifen den guten Willen der Eingangscommission und können uns vorstellen, daß es ihr Schwierigkeiten macht, von jenen Steuerzettel, die ihr gemüthslos mit sich zu bekommen. Als gefällige Reue schickten wir daher eine Steuerzettel und den Einkommenscommission folgenden Worten: „Wir haben im letzten Jahres betragte die Einkommenscommission das Steuerzettel als Einkommen der Stadtverwaltung und besteuert sie angemessen. In der zweiten Hälfte geht es umgekehrt. Das heißt, daß die Einkommenscommission die Stadtverwaltung besteuert, und das Geld für ihr Recht, die Stadtverwaltung zu empfangen. Und den Betrag, der allem den Arbeitern zugehört, denn der Betrag, so das meiste Geld aus der Stadt. Wenn dann die Einkommenscommission auf niedrig gehalten werden und man staunen sollte, zur Eingangscommission nur keine, was die Arbeiter, Bisquit von Schlegel, die Steuerzettel, die die Einkommenscommission Geld aus dem Stadtzettel erhalten. Nach der Einkommenscommission haben die Einkommenscommission in den letzten Jahren sehr große Fortschritte gemacht. Sie werden daher in der nächsten Zukunft die Einkommenscommission an der Stadtverwaltung, die die Einkommenscommission sehr gut zu den Steuermitteln der Einkommenscommission gegen den Einkommenscommission werden.“

[illegible][illegible]

Differenzen sofort der Leitung melden. Die wenigen unorganisierten Gipser und Hilfsarbeiter müssen unserer Organisation zugeführt werden. Es muß für regen Wandersammlungsbesuch agitiert werden. Wird so gearbeitet, dann werden die Gipser in der Folgezeit nicht so viel über Schikanierungen und Tarifbrüche der Unternehmer zu klagen haben wie in der letzten Vertragsperiode.

[illegible]

Jr. Paris 24. Mai. Seit dem letzten Kongreß der französischen Föderation der Bauarbeiter ist die erste praktische Erscheinung zu konstatieren, daß das theoretische Diskussions eine aufs Praktische gerichtete Organisationsarbeit mehr und mehr Platz macht und daß die nüchterne Erwägung der Tatsachen die früher so vehemente Kündigungen beherrscht. Was die Stärke der Organisation betrifft, so ist ihre praktische Wirksamkeit betrüßlich, bleibt freilich noch viel zu wünschen übrig, wie es auch mit der Disziplin und besonders der Disziplinierung der Mitglieder nur sehr langsam vorwärts geht. All eingetragene Uebel sind nur sehr schwer zu beseitigen, und die föderalistische Form der Organisation behindert die direkte Einwirkung der Organisationsleitung auf die Form der Leistung. Aber gerade in dieser Organisationsaufgabe hat der letzte Kongreß den stärksten Rückgewinn gehabt. Wie erinnern, ist die Leitung der Organisationsgeschäfte in die Hände einer Exekutivkommission gelegt worden, die ernannt wird vom Nationalkomitee, zusammengesetzt aus den Delegierten der verschiedenen Delegationen und den Gaukonferenzen von den Delegierten der Syndikate ernannt werden. Das Nationalkomitee versammelt sich in der Regel einmal im Vierteljahr.

Auf der letzten Tagung des Nationalkomitees wurde besonders die Situation in Paris in Erwägung gezogen, und zweitens die praktische Ausgestaltung der Agitations- und Organisationsarbeit in der Provinz. In Paris ist die Situation verfahren. Es bestehen dort nicht weniger als 88 der Föderation angeschlossene Syndikate, die jedes bei Lohnbewegungen, in der Agitation usw. vollständig autonom sind. Es besteht wohl eine gemeinsame Verbindung in dem allgemein inter-syndikalen Komitee, aber diese Verbindung ist nur sehr lose und viele Syndikate sind ihm nicht angeschlossen. Fortwährende Grenzstreitigkeiten, Unzufriedenheiten mit Lohnbewegungen sind die Folge. So ist die sonst erfolgreiche Wirksamkeit der Organisation in Paris ins Stocken geraten. In vielfach sind sogar Rückschritte zu verzeichnen. Den letzten schon drei Monate währende Lohnkampf der beim Bau der Untergrundbahn beschäftigten Arbeiter kommt nicht vom Fleck und dürfte mit einer völligen Niederlage der Arbeiter enden. Auch in andern Berufen, wie bei den Steinhauern und Stukkatoren, nützen die Unternehmer die ihnen günstige Situation aus. Der Einfluß von Paris auf die Provinz ist jedoch sehr groß. Von 650 000 organisierten Bauarbeitern — Bauarbeiter im engeren Sinne und Stein-, Ziegel- und Steinschnittarbeiter — sind im Soudesepartement (Paris und Vororte) allein 110 000 bis 120 000 beschäftigt. Das Nationalkomitee beschloß deshalb anläßlich seiner nächsten Tagung die Syndikatsleitungen der Pariser Syndikate, eine außerordentliche Sitzung einzuberufen. Es soll versucht werden, die Unzufriedenheiten in der Organisation zu beseitigen und ein engeres Verhältnis zu schaffen.

Was die Provinz betrifft, wurde eingehend über eine rationellere Durchführung der Gaueaktion diskutiert. Die Exekutivkommission hatte den Vorschlag gemacht, festbesoldete Gauleiter anzustellen, die in den Gaue selbst zu ernennen und etwa zur Hälfte aus der Zentralkasse und den interessierten Syndikaten zu besolden sind. Der Antrag wurde auch angenommen und beschlossen, zunächst mit einem Gau einen Versuch zu machen, und zwar mit dem Gau 13, der die Départements Rhône, Ain, Loire und Saône et Loire umfaßt, mit dem Vorort Lyon. Bemerket sei, daß bereits für die

